

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Göttinger-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz sind
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 30.

Donnerstag, 20. Juli.

1882.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus jährlichen
Vierteljahresspreisen von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Coverd)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Coverd)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserte

Die Verlagspartie beträgt
25 Gts. — 20 Pfg.

Leser an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bewußt größerer Sicherheit Annoncendruck. Sodann an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Nachtrag zu den Fondsquittungen.

In der vorigen Nummer sind unter Unterstützungs-Fonds Nr. 66, 67 von Dr. M. Hirth quittiert; dieser Fonds ist indessen für Nürnberg und den Wahlfonds zu quittieren. Zum selben Fonds ist nachzutragen: Dr. M. Hirth Nr. 30.—

Ferner sind für den Unterstützungs-Fonds noch zu quittieren: Gaffel Nr. 10.—, Erhart, „Das Banner hoch!“ 20.—, Götlich 5.—, Nürnberg 38.—, A. Braunschweig 50.—, Zum Wahlfonds: Mainz durch Fr. Nr. 100.—

Wie schaut's aus?

Die europäische Zivilisation hat einen ihrer schönsten Siege errungen: Alexandrien liegt in Asche und Trümmern, die Zahl der von haben und drüben Ermordeten beläuft sich nach Tausenden.

Die Bourgeoisiepresse ist voll des Geistes über die Greuelthaten, welche die eingeborene Bevölkerung Alexandriens gegen die zurückgebliebenen Europäer verübt haben soll. Selbst abgesehen von den gewohnheitsmäßigen Uebertreibungen sind ja sicher Brutalitäten entsetzlicher Art verübt worden, haben aber diejenigen, welche den Fanatismus bis auf höchste gereizt haben, ein Recht, sich über den Ausbruch desselben zu beschweren? Fest steht, daß die englischen Bomben nicht nur die Forts von Alexandrien demolierten, sondern gerade im ägyptischen Theile der Stadt gewaltige Verheerungen anrichteten. Nun, wo findet sich eine Bevölkerung, welche ein Bombardement mit philosophischer Seelenruhe erträgt, welche nicht auf's Äußerste angefaßt wird, wenn die Bomben rings um sie herum einschlagen, Menschen und Menschenwerk vernichtend!

Ist es nicht nur zu begreiflich, daß sie sich in ihrer Verzweiflung an den Bundesgenossen der Bombardirer zu rächen suchen wird, solange sie diese in der Gewalt hat? Und dabei ist es noch gar nicht feststehend, daß es wirklich Ägypter waren, welche die Massaker verübten, oder ob diese nicht vielmehr lediglich auf Konto des aus den Gefängnissen ausgebrochenen Gesindels, zum größten Theil europäischen Ursprungs, zu setzen sind, dem sich die in Alexandrien massenhaft vertretenen berufsmäßigen Spitzbuben — d. h. die Kleinen, die großen waren ja schon fort — aus aller Herren Länder zugesellen.

Für den deutschen Militarismus ist es bezeichnend, daß selbst liberale und fortschrittliche Organe ohne jedes Bedenken für die Bombardirung Alexandriens eintraten und diese auch später mit wahrhaft freudigem Jubel begrüßten. In diesen Leuten stecken die Traditionen der preussischen Zügelknechtlichkeit noch so fest, daß sie für eine andere Aktion als die brutalmilitärische gar kein Verständnis haben. Daher wird auch Bismarck so leicht mit ihnen fertig. Während in England selbst die ministerielle „Daily News“ offen vor dem Bombardement warnten, behandelte man in Preußen dasselbe als ein harmloses Intermezzo. Von dem Geheer der rein kapitalistischen, insbesondere der Börse, presse sehen wir ganz ab. So widerlich es auch war, so liegt es doch zu sehr in der Natur der Kapitalhähnen, als daß wir uns darüber verwundern sollten.

Alexandrien liegt in Asche, die ägyptische Frage aber ist damit nichts weniger als gelöst. Die Herren von der Konferenz haben sich natürlich mit süßsaurer Miene in die von England geschaffene vollendete Thatsache geschickt, und, wie es heißt, wollen sie auch den Wünschen Englands entsprechen, diesem nebst Frankreich die „Wiederherstellung der Ordnung“ in Ägypten auftragen. Mit anderen Worten heißt das die Theilung Ägyptens, bezw. die Annexion von Suez durch die Engländer. Letztere hätten alsdann ein glänzendes Geschäft gemacht. Halten sie Suez besetzt, so haben sie natürlich die 176,602 Suezkanal-Aktien nicht mehr nötig, welche sie im Jahre 1875 dem verschwenderrischen Khedive Ismail um 100 Millionen Franken abkauften, d. h. um ca. 566 Franken pro Aktie. Heute stehen dieselben ca. 2540 — die Börse hat beiläufig die Einlöschung Alexandriens durch eine kleine Hauffe gefeiert — schlägt England dieselben aber nur zu 2000 los, so kann es nicht nur die Kriegskosten, vorausgesetzt, daß die Sache glatt abläuft, herauszuschlagen, sondern noch einige Millionen baaren Profit einfassen. Einige Millionen Profit — was heißen da die lumpigen paar tausend Leichen!

Indes, mögen sie nicht zu früh frohlocken, die schlaunen Rechenmeister an der Themse! Noch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich die Ägypter unter Arabi Pascha zu einem energiegelassen Widerstand aufreissen; und gelingt es denselben gar, den Widerstand auf die übrige mohamedanische Bevölkerung

Afrika's auszudehnen, dann heißt es für England nicht nur Profit, sondern noch etwas ganz Anderes Abo! —

Das neue Unterdrückungsgesetz gegen Irland ist mittlerweile glücklich fertiggestellt und verkündet worden, der Vikarönig von Irland hat denn auch sofort über den größten Theil Ost- und Südirlands den Belagerungsstand verhängt, in 17 Grafschaften kommt das neue Zwangsgesetz bereits zur Anwendung. Mit der Pachtenschiedsbill, die gleichzeitig mit dem Zwangsgesetz in Kraft treten sollte, haben es die Herren Gesetzgeber weniger eilig. Tout comme chez nous! würden wir sagen — denn bei uns lassen die als Pfaster auf das Sozialistengesetz versprochenen arbeiterfreundlichen Maßregeln noch immer auf sich warten — wenn diese letzteren überhaupt mehr wären als purer Schwindel.

In Frankreich ist der Jahrestag des Bastillesturms als ein wirkliches Volksfest von der gesammten republikanischen Bevölkerung gefeiert worden. Die Proletarier vergaßen für einige Tage ihr Elend und freuten sich der wenigstens auf politischem Gebiet gemachten Fortschritte. Einige von den Anarchisten und Blanquisten, die zu immer größerer Bedeutungslosigkeit zusammenschmelzen, verbreitete Revolutionsplakate, fanden die Beachtung, welche sie verdient nämlich keine; die Arbeiter haben keine Lust, ihr Organisationswerk durch kindische Putsch zu unterbrechen. Gerade am 14. Juli fand in Paris ein von 40 Delegationen besuchter Kongreß der Hutmachergehilfen statt, auf welchem eine Organisation der über ganz Frankreich ausgedehnten Hutmachergewerkschaft begründet wurde.

Hocherfreuliche Fortschritte macht die Gewerkschaftsbewegung in Spanien. So bestand vor nicht allzulanger Zeit im Buchdruckerhandwerk in ganz Spanien nur ein Verein, und zwar der Madrider; seit etwa Jahresfrist aber sind jetzt auch die Buchdrucker von Saragossa, Barcelona, Valencia, Lerida, Huesca und verschiedenen anderen Orten organisiert, in anderen wie Granada, Malaga, Sevilla, Valladolid u. s. sind Organisationen in Vorbereitung, und im September dieses Jahres soll ein allgemeiner Kongreß der Buchdrucker stattfinden zur Gründung eines spanischen Buchdruckerverbandes. Eine mächtige Förderung erhielt diese Organisationsbewegung durch den Streik oder vielmehr durch den verunglückten Arbeitsausfall in Madrid. Das Auftreten der Prinzipale und die schamlose Unterstützung derselben durch die Regierung, welche das Komite der Arbeiter verhaften ließ, erregte im ganzen Lande einen Sturm der Entrüstung. Von allen Seiten floßen Unterstützungen nach Madrid, so daß der Streik heute als gewonnen betrachtet werden kann. Die meisten Druckereien haben den Tarif der Arbeiter akzeptiert.

Ähnliche Nachrichten liegen von anderen Gewerkschaften vor. Die Bauhandwerker, die Schuhmacher, die Metallarbeiter, die Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter besitzen ganz stattliche nationale Gewerkschaftsorganisationen, in denen ein durch und durch sozialistisch-revolutionärer Geist weht.

Im Nachbarlande Spaniens, im industriell wenig entwickelten Portugal, macht neben der sozialistischen, namentlich die politisch-radikale Bewegung starke Fortschritte. Die Entrüstung über die Regierung, welche sich von der gefügigen Kammer längst eine Reihe indirekter Steuern bewilligen ließ, wächst von Tag zu Tag. So wollte der König, um die Bevölkerung der Provinz Porto zu beruhigen, am 9. Juli dorthin reisen, aber angesichts der tiefen Wäherung im Volke hat er, wie der „Egalite“ von dort geschrieben wird, diesen Plan aufgegeben. In Malaga, Ronsoa, Villa-Verde, Barcelos und Braga hat das Volk die Kornwucherer zur Herabsetzung der Kornpreise mit Gewalt gezwungen. In Lissabon fand längst anlässlich der Freilassung einiger Sozialisten eine großartige Demonstration statt. Seitdem ist das Singen der Marseillaise in Lissabon verboten.

In Italien nimmt die Landarbeiterbewegung immer größere Dimensionen an, so daß in neuerer Zeit die Regierung zur Erkenntnis gekommen, daß mit dem einfachen Auseinandersetzen der wehrlosen Arbeiter durch Truppen die Frage in keiner Weise gelöst wird. Sie beginnt also, dieselbe zu „studieren“, was indes wenig helfen wird, da es der Ausbeutungssucht weniger an Erkenntnis des Uebels als am guten Willen zur Abhilfe mangelt. Freiwillig werden dieselben auch niemals auf ein Titelchen ihres heiligen Ausbeuterrechtes verzichten, und einen Zwang auf sie auszuüben, dazu ist das gerade auf die Bourgeoisie angewiesene „parlamentarische Königthum“ absolut außer Stande, das vermag nur eine auf die große Volksmasse gestützte Regierung, d. h. die siegreiche Revolution. Die revolutionäre Propaganda greift daher aller Verfolgungen ungeachtet, immer mehr um sich.

Der Feldzug, welchen unser wackeres Bruderorgan, der „Avanti“ von Imola, gegen die italienischen Ausnahmengesetze unternommen hat, hat bereits bedeutende Erfolge aufzuweisen. Am 25. Juni fand eine große Volksdemonstration gegen dieselbe in Imola statt, zu welcher aus allen Theilen Italiens Delegirte oder Zustimmungsschreiben eingetroffen waren. Die Zahl der vertretenen Vereine belief sich auf mehrere Hunderte. Einstimmig jubelte die Kopf an Kopf gedrängt stehende Menge unserem Ge-

nossen Andreas Costa zu, als er am Schluß der Versammlung fragte, ob sie die Ausnahmengesetze und die Ursache derselben; das Elend, die Unwissenheit und die Ausbeutung abgekehrt haben wolle.

Die gesammte Presse Italiens war gezwungen, von dieser Massendemonstration Kenntnis zu nehmen und in immer weitere Kreise der Bevölkerung bringt die Mißstimmung gegen das berüchtigte Verwahrungs- und Polizeiaufsichtsgesetz.

Aus Oesterreich-Ungarn liegen zwar, was die innere Parteibewegung anbelangt, wenig erfreuliche Nachrichten vor; in den Hauptstädten Wien und Budapest liegen sich die Sozialisten in den Haaren, und zwar sind es in ersterer Stadt die bekanten „sozialrevolutionären“ Phrasen, welche einzelnen Arbeitern noch immer im Kopfe spuken und so die Veranlassung zu immer neuen Konflikten geben. In der Provinz sind die Arbeiter fast durchgängig vernünftiger, und wir hoffen, daß ihr Spiel auch schließlich auf die Hauptstädte zurückwirken wird. Im Uebrigen herrscht in Oesterreich-Ungarn soviel Noth und Elend auf der einen und soviel Korruption und Niedertracht auf der anderen Seite, wie wohl in gleichem Maße in keinem anderen Lande.

Wie es in Deutschland sieht, wissen unsere Leser. Politisch sind die Arbeiter der elementarsten Rechte beraubt, wirtschaftlich wird ihre Lage von Jahr zu Jahr eine schlechtere. Angeblich beschäftigen sich zwar alle Parteien mit der sozialen Wohlfahrt des Volkes, aber weil sie es eben alle thun, richtet keine etwas ordentliches aus; die Arbeiter bleiben nach wie vor darauf angewiesen, ihre soziale und politische Befreiung aus eigener Kraft zu erringen. Und die Arbeiter sind sich auch zum größten Theil dieser Aufgabe bewußt und entschlossen, sie, komme was da wolle, mit Energie durchzuführen. Der Herrschaft der herrschenden Klassen steht in Deutschland heute eine einheitliche kampffähige Arbeiterpartei gegenüber.

Und Rußland — was sollen wir noch von Rußland sagen, wo fast jeder Tag eine neue Unterdrückungsmaßregel der Regierung meldet, das heißt, wo dieselbe jeden Tag ihre wachsende Unfähigkeit bekundet? Jeder Hinweis auf die bevorstehende oder vielmehr sich vor unsern Augen vollziehende Revolution in Rußland würde fast banal klingen, so sehr ist heute Jedermann von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände in Rußland überzeugt.

Das ist das Bild, welches die sogenannten Großstaaten Europas im gegenwärtigen Moment darbieten. Je größer anscheinend, d. h. der Form nach, die Macht und der Einfluß ihrer Regierer, um so gründlicher ist deren Herrschaft untergraben. So mächtig sie sich auch nach Außen hin gebenden, im Innern nagt unter verschiedenen Formen ihnen allen der gleiche Wurm am Herzen: das Streben der unteren Volksmassen nach politischer, sozialer und intellektueller Befreiung. Dieses Streben ist aber mit den heutigen Staatsverrichtungen nicht verträglich. Je offener der Gegensatz, um so heftiger auch der Kampf der Volksmänner gegen die Mächthaber. Dieser innere Kampf, das Bewußtsein, einen unversöhnlichen Feind im Innern zu haben, ist es auch, der die europäische Diplomatie heute so unendlich schwächt, kein Staat wagt es heute, ernsthaft mit einem andern anzubinden, aus Furcht vor der Revolution zu Hause. Die Furcht vor der Revolution ist die Garantie des europäischen Friedens.

Indes, der Frieden ist keine Garantie gegen die soziale Revolution. Sie ist unvermeidlich, denn sie ist zur Nothwendigkeit geworden. Die Reformen, welche die herrschenden Klassen gutwillig den Arbeitern zugestehen, sind in jeder Beziehung unzureichend, mit derartigen Mitteln werden Noth, Elend und Unwissenheit nicht aus der Welt geschafft.

Zur irischen Bewegung.

Ist sie in der That aussichtslos? Kann sie nur entweder zu einem mehr oder weniger faulen Kompromiß mit dem englischen Liberalismus führen, oder zu einem Putsch, der unzweifelhaft ein tägliches Ende nehmen würde?

Wir glauben, daß es einen dritten Weg gibt, und wir hoffen, daß er beschritten wird.

Was ist das Ziel der irischen Bewegung? Dem Volk das Land zurückzugeben, welches ihm von den Landlords, namentlich den englischen, geraubt worden ist. Nach dem Programm der Landliga sollte dies dadurch geschehen, daß den Pächtern mit Hilfe und Unterstützung des Staats ihr Pachtland zu „freiem Eigentum“ gegeben, und auf diese Weise ihr sogenannter „freier Bauernstand“ gegründet würde. Es ist dies beiläufig eine alte Forderung des englischen Liberalismus, mit dem Herr Farnell und Co. sich sonach in vollständiger Harmonie befinden. „The land for the people“ — das Land für das Volk — das Schlagwort der irischen Landliga war schon vor 30 Jahren das Schlagwort der englischen Liberalen vom Schlag des Herrn Bright, die es ihrerseits den Chartisten entnommen oder gestohlen haben. Nur daß die Chartisten, wenn auch laus, doch etwas anderes darunter verstanden, als die englischen Liberalen, die, als gute Bourgeois, natürlich dem Volke bloß eine Kostprobe darreichen wollten, damit es ihnen helfe, der Aristokratie das Land abzulassen. Gehörte das Land einmal dem

*) Nachträglich bemerken dieselben Schreiber allerdings, daß es einen Hund erbarmen möchte. Aber was sie bejammern, ist nicht das Bombardement, sondern dessen üble Folgen für die — Europäische — Bevölkerung.

„Voll“, so mußte es, nach dem Grundsatz der Bourgeoisökonomie, sehr bald in den Besitz der Herren Bourgeois kommen, denn wovon sollen die Proletarier sich Land kaufen oder es beschaffen.

Und Herr Parnell scheint uns ein ebenso guter Bourgeois zu sein wie Herr Bright. Doch lassen wir das — die Verwirklichung des Parnell'schen Plans kommt (oder kann) gütigstfalls nur momentane Befreiung schaffen: die in förmliche Eigentümer verwandelten Pächter würden sehr bald durch die Konkurrenz der großkapitalistischen Agrarkultur erdrückt und in dasselbe Elend zurückgedrängt werden, in welchem sie jetzt verfunken sind.

Deshalb war es ein großer Fortschritt, daß Michael Davitt, der tüchtigste Agitator der Landliga und, wenn auch von Bourgeoisideen angekränkt, doch nicht ganz von ihnen durchseht, vor Kurzem in seiner bekannten Liverpooler Rede ein weitergehendes Programm aufstellte. Seine Ausführungen lassen sich in folgende Sätze zusammenfassen:

„Der Staat muß und wird der Verwalter des nationalen Grundeigentums werden: Farmer und Landarbeiter würden sicher sein, den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu erhalten, und Nicht-Landarbeiter würden von aller Steuer befreit werden. Jemand einer Klasse von Menschen zu erlauben, das Land als absolutes Eigentum zu besitzen, ist unvereinbar mit der Freiheit und Wohlfahrt der Menschheit. Der Wert des Landes entspringt dem Wachstum der Bevölkerung und der Industrie in der Allgemeinheit und sollte daher auch dieser letzteren und nicht einer einzelnen Klasse zugehören.“

Unmittelbar nach seiner Liverpooler Rede reiste Davitt nach den Vereinigten Staaten, wo er jetzt agitiert. Obgleich sein Programm mit dem Parnell's, welches bisher das der Landliga war, nämlich in Uebereinstimmung zu bringen ist, so hat doch ein Versuch noch nicht stattgefunden; und Davitt, der in New-York von einem der Redakteure der „New-Yorker Volkszeitung“, interviewt wurde, bestritt sogar, daß sein Programm mit dem Parnell's in Widerspruch stehe.

Hören wir zunächst die „New-Yorker Volkszeitung“, die in einem Artikel berichtet „Zwei Seelen in einer Brust“, über das Vorgehen und die Stellung Davitt's sich also ausdrückt:

„Soweit das — in Liverpool entworfene — Programm Davitt's von den Agrarforderungen des Sozialismus auch entfernt ist, — denn es weiß nichts von Kommunalfiskal und läßt nach wie vor die Farmer als Privatbesitzer und die Landarbeiter als Proletarier bestehen, so lag doch in der Forderung der Nationalisierung des Landes an und für sich schon ein beträchtlicher Unterschied gegen den Sinn, den die Landliga-Führer unter Parnell's Hegemonie bis dahin dem Schlagworte: „the land for the people“ beigegeben hatten. Parnell versteht darunter uneingeschränkter Kleingrundbesitz der Farmer, Davitt macht das Land zu Staatseigentum und die Farmer zu Hütern des Staates, d. h. des gesamten Volkes. Während also Parnell's Plan schließlich nur auf eine Substitution der paar Hundert großen Landlords durch Tausend kleinere hinausläuft, liegt in dem Programm Davitt's die Anerkennung des Prinzips, daß, wie das Land seinen Wert der Arbeit der Gesamtheit verdankt, so auch der Gesamtheit das Recht des Eigentums auf das Land, d. h. das Recht der Verwaltung und der Verteilung des Besitzes, wie es das Interesse der Gesamtheit erfordert, vorbehalten bleiben muß.“

„In diesem Kernpunkte seiner Rede mußte Davitt mit Parnell in Widerspruch treten — eine Thatsache, die Parnell selbst in seiner „Interview“ mit dem „Herald“-Korrespondenten anerkennt.“

„Andererseits trat Davitt ein anderes Dilemma entgegen. Der „Staat“ in Irland ist vorläufig — die englische Regierung. Indem er die Verstaatlichung des Landes bestritt, muß er also entweder gleichzeitig mit dieser auch die nationale Unabhängigkeit Irlands fordern oder aber sich dem Vorwurfe aussetzen, er wolle die verhasste englische Regierung zum einzigen irischen Landlord machen.“

„Während also Davitt einestheils in dem Bourgeoisflügel der Landliga in den Geruch des Kommunismus kam, mußte er andererseits entweder mit den Nationalen in Konflikt kommen oder sich als Hochverräter und Revolutionär erklären.“

„Davitt ist aber nicht nur Denker und Agitator, sondern auch praktischer Politiker. In letzterer Eigenschaft ist es ihm vor Allem darum zu thun, eine Spaltung in der Landliga zu verhindern. Es hat fast den Anschein, als hätte er ursprünglich selbst kaum die ganze Tragweite des von ihm in die Bewegung geschleppten Grundsatzes, wie auch den Einbruch, den derselbe auf die Masse ausüben würde, ersehen. Nun sucht er einen Weg, um den prinzipiellen Unterschied zwischen ihm und Parnell zu überbrücken, alle anderen praktischen Schwierigkeiten, die ihm in den Weg treten, zu überwinden und die Widersprüche zu verschönen. So kommt es denn, daß, während Parnell seine Ueberzeugung ausspricht, Davitt werde seinen Plan als „unausführbar“ aufgeben, Davitt die Zuversicht hegt, Parnell's Parteilichkeit werde naturgemäß zur Nationalisierung des Landes führen müssen.“

„Daraus erklären sich die scheinbaren Widersprüche, die englische Abwehr aller „kommunistischen Theorien“ in seiner Unterredung mit uns. Es „wohnen eben zwei Seelen in seiner Brust“. Der Politiker möchte das retten, was der logische Geist des Denkers umstößt und zerstört, er möchte den gewaltigen Geist bannen, den er selbst heraufbeschworen — den Geist des Sozialismus.“

„Dies wird ihm aber nicht gelingen. So wie es keine Macht gibt, die den Blig, der zur Erde herniederstürzt, wieder in die Wolke, der er entspringt, zurückdrängen vermag, so kann auch eine erleuchtende Idee, nachdem sie eine gewaltige Volksbewegung durchdrungen, weder zurückgenommen noch verbunzelt werden.“

„Die Saat ist gesät. Die Ernte wird nicht ausbleiben.“
So die „New-Yorker Volkszeitung“.
Es ist vollkommen richtig, daß eine Versöhnung des Parnell'schen und des Davitt'schen Programmes nicht möglich ist. Eines muß dem andern geopfert werden. Gelingt es nun Davitt, selber zur vollen Klarheit zu gelangen und die Waffen in Irland für seine Auffassung zu gewinnen, so wäre unserer Ueberzeugung nach die Möglichkeit einer radikalen und revolutionären Lösung der irischen Frage geboten.

Wie das Parnell'sche Programm die englische liberale Bourgeoisie für sich hat, so würde das Davitt'sche Programm, konsequent entwickelt, das englische Proletariat für sich haben. „Nationalisierung des Landes“, d. h. Rückeroberung des Landes durch und für das Volk, das ist die immer und immer wieder auftauchende Forderung des englischen Proletariats.“

Wir wollen hier die Gründe nicht untersuchen, warum in England seit dem Pinks des Chartismus keine große proletarische Bewegung gewesen ist — genug: die Elemente und die ökonomischen Bedingungen sind vorhanden, reichlich vorhanden, es fehlt nur der Aufruf, eine treibende Kraft, — und diese könnte durch Irland geliefert werden.“

Im Rahmen einer nationalen Bewegung läßt die „irische Frage“ sich nun einmal nicht lösen. Wird dies vom irischen Volk begriffen, werden die Bourgeois Führer vom Ruder entfernt, bietet das irische Volk dem englischen Proletariat die Bruderhand,“ geht die irische Bewo-

nung in die große proletarische Bewegung über, gestaltet sie sich, vom religiösen und nationalen Krimstrang befreit, zum Klassenkampf und wird der Schwerpunkt der Bewegung nach England verlegt, dann kann und wird der Sieg errungen werden. Vereint mit dem englischen Proletariat wird das irische Volk seine Emanzipation bewerkstelligen und gleichzeitig die Emanzipation des englischen Proletariats bewerkstelligen helfen und damit, bei der dominierenden ökonomischen Position Englands, Bahn brechen für die internationale Vernichtung der Bourgeoisieherrschaft!
-m-

Ueber die gegenwärtige Stellung der Sozialdemokratie im Reichstag

Schreibt uns einer unserer Abgeordneten:

Im Leitartikel der Nr. 29 des Parteiorgans finde ich folgende Stelle: „Man frage unsere Abgeordneten! Noch nie, seit Sozialisten im deutschen Parlament sitzen, wurden sie von den verschiedenen Parteien desselben ohne Ausnahme mit so ausgeführter Zuversicht behandelt, als in der letzten Session — im vierten Jahre des Ausnahmegesetzes!“

Ich kann diese Thatsache, ihrem Sinne nach, nur bestätigen, und dürfte es die Parteigenossen interessieren, einige Einzelheiten in dieser Richtung zu erfahren.

Man wird sich erinnern, daß die Stellung unserer Vertreter in den ersten Jahren des Parlamentes — vor 1870 — als erst ein paar vereinzelte Sozialdemokraten auf den Reichstagsesseln Platz genommen hatten, eine verhältnismäßig günstige war. Man betrachtete sie wie eine Art Naturwunder, amüsierte sich an ihren „Krautwörterchen“, „gruseligem“ und doch so „gefahrlos“ Reden und ließ sie deshalb ziemlich zum Wort kommen.

Aber das änderte sich bald, als das Häuflein der Sozialdemokraten mit jeder Neuwahl größer wurde. Mit der eingebildeten „Ungefährlichkeit“ des Sozialismus hörte auch der Spott auf, und die rothe Färbung die ganze Gewaltthatigkeit der durch die Bedrohung ihres Besitzthumes gereizten herrschenden Parteien zu kosten. Das Unterbrechen, Richterkärmen und Wortabschneiden kam in Schwung und wurde das beliebteste Kampfmittel gegen den Sozialismus. Vor allem zeichnete sich in der Handhabung dieser edlen Waffen die Herren Nationalliberalen aus, die damals noch nicht „an die Wand gedrückt“ waren. Ihr Präsident Forckenberg gab selbst den Ton dazu an; er war das Muster eines parteiischen, die Minderheitsparteien und vor allem die Sozialdemokratie brutalisirenden Vorkämpfers. Drei unter vier Nasen schnitt er unsern Abgeordneten das Wort ganz ab; konnte er es ihnen aber gar nicht verweigern, so stellte er sich, die Hand an der Stode, drohend hinter ihnen auf und unterbrach sie bei jeder Gelegenheit unter den wichtigsten Vorwänden. Und der Trost seiner Partei zeigte sich des edlen Führers vollkommen würdig. Sobald ein sozialistischer Redner aus der Tribüne erschien, organisierte sich der wohlgeschulte Chorus, und nun begannen alle die mannichfaltigen Register der parlamentarischen Rohheit: rüchselloses Lanfischmähen, wackerndes Geldschädel, Poltern und Trampeln, erhabenste „Entrüstungs“-Aufe, Hissen, Unterbrechungen aller Art und natürlich klingende schiefe Laute jeder Gattung in hunderter Abwechslung zu spielen. Es war damals die Zeit, wo sich der besoffene Braun („unser Braun“) unmittelbar vor dem redenden Bebel aufsprang, ihn auf's biblischste anblitzte und durch die verschiedensten Grimassen und Zurufe systematisch zu stören und irre zu machen suchen konnte, — ohne daß der edle Präsident das Geringste dagegen einzuwenden hatte und unter dem Beifall der würdigen Volksvertretung, Beleidigungen und unverschämtes Benehmen gegen sozialistische Abgeordnete waren nichts Seltenes; wollte doch u. A. ein „liberales“ Mitglied den Sozialdemokraten sogar das Betreten des von seiner Fraktion eingenommenen Theiles des Saales verbotnen und Bebel gleich einem Bedienten wegragen. Man bezeichnete uns als vom Reichstag nur „geduldete Gäste“, die baldmöglichst wieder hinauszuwerfen seien, und der Dirigent der ganzen Komödie nannte uns geradezu „Banditen“.

Und nun vergleiche man unsere heutige Stellung mit derjenigen von damals.

In den beiden letzten Sessionen ist uns niemals das Wort wirklich abgeknitten worden; nur ein einzigesmal machte man den Versuch dazu, der aber infolge unserer Haltung schnell wieder aufgegeben wurde. Sonst ist in jeder Diskussion Einer, bisweilen auch ein Zweiter von uns zum Worte gekommen. Und wenn der Reichstag auch noch himmelweit von einer wahrhaften, d. h. vollständigen Redefreiheit entfernt ist, so muß man doch zugeben, daß der jetzige konservative (!) Präsident sich im Allgemeinen anständig und verhältnismäßig unparteiisch gegen uns benimmt. Der Reichstag aber hört unsere Redner durchweg mit großer Aufmerksamkeit und lauscht ihnen eifriger als den meisten Rednern der anderen Parteien, die sogenannten „Großen“ natürlich ausgenommen. Ja, es geht selten eine sozialpolitische Rede vorüber, von der nicht ein Theil auf der rechten, ein anderer auf der linken Zustimmung lände. Die Haltung der anderen Parteien und ihrer Mitglieder im offiziellen wie im persönlichen Verkehr mit uns „Gemeingefährlichen“ ist zwar selbstredend eine ziemlich förmliche, aber höfliche, oft zuvorkommende. Ja, die „Kollegialität“ geht sogar soweit, daß häufig, wenn eine Partei gegen einen unserer Anträge austritt, ihr Führer vorher zu uns kommt und die ablehnende Haltung seiner Partei damit entschuldigt, daß dieselbe „auf sachliche Beweggründe, nicht auf persönliche Feindseligkeit gegen die Sozialdemokratie zurückzuführen“ sei. So haben nicht nur die Fortschrittspartei und andere kleine Gruppen, sondern selbst Herr Hammerger („Hunde sind wir ja doch“) und sogar der Exreaktionär und Zukunftsmisner Baron Rinigerode kam zu solchen Zwecken schon nach der Sozialisensede. Doch man uns bereits den Eintritt in die Kommissionen, aus denen man uns früher hinauswarf, wieder angetragen, ist schon früher erwähnt. Ja, es ist sogar der Plan angetaucht, die Sozialdemokraten, Volksparteier, Klätter u. s. w. „in gemeinsamen Oppositionszwecken“ in einen weiteren Verband zu vereinigen. Natürlich haben wir beide „freundliche“ Anerbieten kurzweg abgelehnt. Auch von noch anderen Anerbieten u. dgl. ließ sich noch manches Interessante erzählen; doch ist das für den Augenblick nicht angezeit.

Woher nun diese Wandlung? Wie kommt es, daß die parlamentarische Lage unserer Partei gerade zu einer Zeit soviel günstiger geworden, wo ein „Ausnahmengesetz“ ihr sogar ihre Existenz absprechen möchte? Dies aus der gewachsenen Einsicht oder aus dem gewekten Anstandsgefühl unserer Gegner, sozusagen aus ihrer Güntlichkeit herzuleiten, wird keinem erfahrenen Sozialisten einfallen. Die Haltung vor der von der Sozialdemokratie bewiesenen Kampfesfähigkeit und Widerstandsfähigkeit spielt wohl mit, aber nicht an sich genommen, sondern bloß insofern sie unsere Partei dadurch als eine Macht zeigt. Die bürgerlichen Parteien wie die Regierung kennen keine ethischen, sittlichen, prinzipiellen Beweggründe, sondern haben nur Verhältniß für zwei Dinge: für ihr Interesse und die tatsächlichen Machtverhältnisse. Und diese beiden Dinge sind es auch, welche uns unsere bedeutend günstigere Stellung im Reichstag verschaffen.

— In einem neueren Artikel „Davitt, Parnell und Henry George“ entwickelt unser New-Yorker Bruderorgan gleichfalls die Notwendigkeit der Verlegung der Agitation auf den unerschöpflichen Boden, welche erforderlich macht, daß die fernlichen Attentate eintätigt und verhindert werden, damit nicht das englische und schottische Arbeitervolk gegen das irische unendlich erbittert werde.“

„Frische Attentate und der unwillkürliche Widerstand des irischen Volkes gegen die Landlords und deren Subjekte, sind, wie in voriger Nummer ausgeführt, nicht zu verwechseln.“

Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Einmal ist der Sozialismus heute in Deutschland trotz aller Verfolgung überall in Permanenz, und die Invasion des sozialistischen Gedankens in alle Verhältnisse ist — zum Theil auch Dank dem famosen „Sozialreform“-Spiel — eine so fortgeschrittene, daß die Parteien in allen und jeden Fragen unser Programm abweichungsweise für und gegen anführen müssen, daß der Sozialismus immer mehr der Maßstab der Dinge wird. Das governemental-konservative-ultramontane-schützjüdische Bündniß einerseits und die liberalisirend-freihändlerische Opposition andererseits suchen sich an Fährgefahr für den „kleinen Mann“, an Arbeiterfreundlichkeit zu überbieten (selbstverständlich nur auf dem Papier und in Worten), und uns muß dabei natürlicherweise die Rolle des Sachverständigen und Kampfrichters zufallen. Jede der beiden Parteien ist gezwungen, uns zum Bundesgenossen zu suchen und ihre Argumente durch unsere Befähigung zu stützen. Stellt ein sozialistischer Redner die Ausdeutungssucht der schützjüdischen Fabrikanten an den Pranger, so flacht die liberale Linke Beifall, obwohl die freihändlerischen Arbeitgeber es natürlich um kein Haar anders machen und daher mit gebraunmarkt sind; wenden wir uns gegen das manchesterliche laissez faire und zeigen dessen Widersinnigkeit und die Notwendigkeit der staatlichen Ordnung der Arbeitsbedingungen, so applaudirt die „Sozialistische“ Rechte, obwohl sie sich damit ebenfalls ins eigene Fleisch schneidet. Und so fort. Unsere Redner können demalen in der That den bürgerlichen Parteien die verbsten Wahrheiten in's Gesicht sagen und ihnen nach der Reihe den Text nach Noten lesen und sind dabei noch sicher, daß ihnen abwechselnd die Hälfte der edlen Beschleüger laut zustimmt und sich über die Abschätzung der anderen höchlich freut, ohne daß das Volkchen merkte, daß es der Teufel selbst beim Krogen hat. Es ist oft ein wahres Göttervergnügen, zu sehen, wie sich die beiden Parteien vor den lachenden Sozialdemokraten zu Schanden rauen und sich von den letzteren noch die Waffen dazu leihen.

Und um das sonderbare Bild der mit der zunehmenden Verfolgung immer günstiger gestellten Sozialdemokratie zu vervollständigen, befindet sich nicht nur moralisch das Bänglein der Waage zwischen den gegnerischen Parteien in unseren Händen, sondern vielfach auch selbst in materielle. In den weitläufigen Abstimnungen der letzten Reichstagsession betrug die Mehrheit 5 bis höchstens 15 Mann, so daß die Entscheidung oft genug bei den bis an's Messer bekämpften Sozialdemokraten lag. Dies war namentlich bei den bis am's Messer bekämpften Sozialdemokraten ersten Stoß gegen den Schutzschwindel (Zolltarifnovelle) der Fall, so daß bei der bekannten Monopolresolution Engens u. s. w., wo wir jedesmal dem Antrage zur Annahme verhielten, welcher der Herrschaft der Regierung und der Befragung des Volkes durch neue Steuern am verhältnismäßig kräftigsten entgegentrat.

Warum ich mich nun über diese Dinge freue? Bin ich etwa auch von der „Parlamentarität“ angefaßt, die in dem ganzen reichstäglichen Thun und Treiben, in seinen erbärmlichen Schachereien und kleinsten Winkelzügen lauter wichtige Staatsaktionen sieht und sich auf den eigenen Antheil an alledem und überhaupt auf die Zugehörigkeit zu dieser illustren Körperschaft weiß der Heuler was zu Gute thut? Oder wäre ich gar von einem kühnen Reformgeist beiseite und bildete mir lächerlicher Weise ein, daß die erhabene Sache des Sozialismus auf solch' kleinlichen Wegen groß gefördert werden könnte? Nichts weniger als das. Weiß ich doch, daß unsere Thätigkeit im Reichstag eine nur vorübergehende und lediglich vorbereitende, wenn auch dormalen notwendige und gutwirkende ist, daß aber die wirkliche Entscheidung nicht im Parlament fallen wird, sondern auf einem Feld, wo das sich erhebende Volk seinen Rachwillen unmittelbar zur Geltung bringen kann.

Wenn ich mich trotzdem über die erwähnte Veränderung der Lage unserer Partei in der „Volksvertretung“ freue, so geschieht es deshalb, weil dieselbe sowie die Stärkung unseres Einflusses nach jeder Richtung gerade zu einer Zeit erfolgt, wo die Sozialdemokratie „gefällig“ vogelfrei ist und von allen politischen und ökonomischen Händen gehegt wird. Vor vier Jahren verkleumdete unsere blöden Feinde siegesbewußt, daß es nach 2 1/2 Jahren keine Sozialdemokratie mehr geben werde. Und heute ist die Sozialdemokratie stärker als je und man muß mit ihr wohl oder übel und mehr als jemals als mit einer vorhandenen unbrutzamen Macht rechnen und verhandeln und wird es weiter und in immer verstärktem Maße müssen.

Ich denke, dies ist wohl geeignet, uns zu befriedigen und unsere Zuversicht auf die Zukunft zu stärken.

Sozialpolitische Mundschau.

Berlin, 19. Juli 1889.

— Deutschlands Schande. Aus Hannover wird uns geschrieben: Loges ist nicht gegen Kaution in Freiheit gesetzt worden. Der Herr Staatsanwalt hatte zwar erklärt, er werde seiner Freilassung nicht widersprechen, falls Loges auf die Revision verzichte, allein, wie sich herausgestellt hat, war das nur eine Falle. Unter oberhand Vorwänden zog man die Entscheidung hinaus, und als die Zeit der Anmeldung der Revision verstrichen war, entschied das Landgericht — natürlich in Uebereinstimmung mit dem sauberen Herrn Staatsanwalt, auf den es in solchen Fällen allein ankommt —, daß die beantragte Freilassung auf 14 Tage und gegen eine Kaution von 4000 Mark nicht bewilligt werden könne, — und zwar aus welchen Gründen?

Erstens sei es auffallend, daß für Loges, der notorisch mittellos sei — das freilich konnten die Herren, welche ihn ruinirt haben, wohl wissen — eine so hohe Summe geboten werde; das erhöhe den Suchtverdacht!

Zweitens liege es im Interesse der öffentlichen Justizpflege, daß die Sache ihre prompte Erledigung finde.

Und drittens endlich habe die Freilassung überhaupt keinen Sinn, denn die Kinder des Loges seien ja verstorben.

Wahr ist, daß die Kinder momentan bei Freunden untergebracht sind; aber das ist doch nur ein trauriger Nothbehelf, und durch den Prozeß und die plötzliche Verhaftung sind die Verhältnisse unsers braven Genossen so zertrümmert worden, daß seine Anwesenheit zu Haus, zur Abwendung des Schlimmsten, dringend notwendig wäre. Jeder Mensch mit fünf Sinnen, der nur einigermassen nachdenkt, muß das einsehen; die hiesigen Herren Richter nebst Staatsanwalt sehen es auch ein, doch Loges soll eben zu Grunde gerichtet werden.

Und jetzt mit den Schuldigen an den Schandspah! Der saubere Staatsanwalt heißt Jesenbichl.

Der „Berichtshof“, welcher Loges auf Kommando verurtheilt, ist die Strafammer I des hiesigen Landgerichts, und war am Tage jenes Justizverbrechens wie folgt zusammengesetzt:

Vorsitzender: Landgerichtspräsident Haake; Richter: Landgerichtsrath Bunten, Landrichter v. Detten, Landrichter Lindenbergr; Gerichtsassessor Reiff.

Lindenbergr hat seinerzeit den freisprechenden Beschluß betreffs unsers Wahlflugblattes unterzeichnet, in welchem Wahlflugblatt das Sozialisengesetz ebenfalls mit dünnen Worten ein „insames Gesetz“ genannt war. (Jener Beschluß war unterzeichnet: Basse, Lindenbergr, Hall, — Strafammer II.)

Deutlicher, handgreiflicher kann der Beweis, daß die sogenannte „Unabhängigkeit der Richter“ ein reiner Humbug ist, und daß unsere Herren Richter auf Kommando verurtheilen, nicht geliefert werden, als durch die Handlungsweise dieses Lindenbergr, der im Frühjahr den Ausdruck „insames Sozialisengesetz“ für kraßlos, und vier

*) Auch in dieser Beziehung ist gerade Michael Davitt den übrigen Führern der irischen Landliga voraus. In New-York hatte er sich u. A. auch gegen den Vorwurf der „Allianz mit England“ zu verantworten. Er that dies nach der „New-Yorker Volkszeitung“ mit folgenden Worten:

„Ich konfite, daß ich in dem englischen Arbeiterlande unsern Bundesgenossen, nicht aber unsern Feind erblicke. Wenn ich befehrt war, die Sympathien der englischen Arbeiter zu gewinnen, so that ich dies, um Bundesgenossen zu gewinnen, und zu keinem andern Zweck.“

Monate später für eine Majestätsbeleidigung erklärt, die mit vier Monaten Gefängnis geahndet werden muß! Das Wort „insam“ hat in diesen vier Monaten seine Bedeutung nicht geändert; was sich aber geändert hat, ist die „Ueberzeugung“ der Herren Richter. Damals war der Befehl zum Verurtheilen nicht gegeben, und jetzt war er gegeben — das ist die einfache Lösung des Räthfels.

Und da verlangt man noch von uns Achtung vor dem deutschen Richterstand!

Leider ist es bisher nicht gelungen, eine Abschrift des Erkenntnisses zu erlangen. Das Gericht ist gesetzlich nicht verpflichtet, ein schriftliches Urtheil anzufertigen; und da die Richter alle Ursache haben, einen Vergleich mit dem früheren Urtheil in Sachen des Wahlflugblattes zu scheuen, so wird das Urtheil gegen Loges wohl kaum an das Tageslicht kommen.

Loges, der durch die Vertheidigung der Staatsanwaltschaft in die Revolution geprellt worden ist, befindet sich körperlich recht leidend; trotzdem ist ihm die Erlaubnis zur Selbstvertheidigung nicht gewährt worden, und muß er die unverständliche, fast ungenießbare Gefangenenkost essen, was für ihn, wenn er die ganze Strafvollstreckung in dieser Weise absehen soll, sehr leicht den Tod zur Folge haben könnte!

Politische Prozesse sind überhaupt prinzipiell zu verurtheilen; wenn sie aber einmal für notwendig erachtet werden, dann erscheint es der sinnlose Anstand, daß man die politischen „Verbrecher“ wenigstens nicht wie gemeine Verbrecher behandelt, sondern ähnlich wie Kriegsgefangene, da der politische Kampf so charakteristisch ein Kriegszustand ist. In den meisten Kulturländern ist dies auch wirklich der Fall, namentlich in Frankreich. Im „Intelligenzblatt“ Preußen, der sich auf seine Bildung so viel zu Gute thut, ist das anders — da wird der politische Verbrecher als gemeiner Verbrecher behandelt, und wo möglich noch schlimmer.

Hui über solche Zustände! Hui über die Vertreter solcher Zustände! Daß die Genossen hier empört sind über diese Abscheulichkeiten, das brauche ich nicht zu versichern. Man will uns einschüchtern, und man läst nur die Tränen des Hasses.

Die Partei verliert dabei nicht. Im Gegentheil. Nur weiter so!

— **Korruption und Fäulnis an allen Ecken und Enden.** Aus Leipzig schreibt man uns: Sie wissen, ich bin kein Optimist, und traue unseren Richtern und unserer Polizei so ziemlich Alles zu. Das hätte ich aber nicht erwartet, daß man Leute verurtheilen könne. Und noch dazu auf drei Monate — wegen Verletzung des § 130. Dieser Paragraph lautet:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Thalern, oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“

Es liegt doch an der Hand, daß dieser Paragraph nur auf solche Anreize finden kann, die selber irgend eine Handlung begehren, welche eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten im Sinne des Gesetzes bedeutet. Woblan, betrachten wir den „Fall“ Laute's. Das corpus delicti ist das schon mehrmals erwähnte „Eingefändel“ — in Nr. 9 des „Sozialdemokrat“ (unterzeichnet „ein alter Kämpfer“.) Dieses „Eingefändel“ ist unzweifelhaft eine „Handlung“, welche Laute begangen hat — denn er hat sich aus freien Stücken, unthunig wie er ist, dazu bekannt. Aber wo steht in diesem „Eingefändel“ eine „Anreizung zu Gewaltthätigkeiten“? Man suche mit der schärfsten Lupe und dem besten Vergrößerungsglas, und man wird eine derartige „Anreizung“ nicht finden.

Und das Leipziger Gericht hat sie auch nicht gefunden, obgleich es an Klüge als wahrhaftig nicht hat fehlen lassen. Aber es besitzt jedenfalls einen Anreize-Kollegen, der sich von gewissen Hochverrathprojekten her erinnert, daß schon in der ausgesprochenen Sympathie mit „hochverräterischen“ Handlungen etwas Hochverräterisches enthalten sei. Und da war man denn auf dem richtigen Weg. Doch Laute auch nicht selber zu „Gewaltthätigkeiten“ angereizt, so hat er doch rückhaltlos seine Zustimmung in der Sprache und dem Inhalt des „Sozialdemokrat“ ausgedrückt, und da der „Sozialdemokrat“ notorisch (!) zu „Gewaltthätigkeiten“ im Sinne des § 130 „anreizt“, so hat Laute, indem er durch diese seine Zustimmung sich mit der „Anreizung“ zu „Gewaltthätigkeiten“ einverstanden und mit dem „Sozialdemokrat“ solidarisch erklärte, wenn auch nicht direkt doch indirekt (!) zu „Gewaltthätigkeiten“ angereizt, und muß ergo verdonnert werden.

Sie glauben, ich mache einen schlechten Spag? Suche durch Uebertreibung unsere Gerichte lächerlich und verächtlich zu machen?

Fällt mir nicht ein. Zu übertreiben ist überhaupt gar nicht möglich, denn die Herren von Richter leisten in praxi schon das Mögliche und sogar das Unmögliche. Kurz, ich mache weder einen schlechten Spag, noch übertreibe ich; ich zitiere einfach die Entscheidungsgünde des Erkenntnisses, kraft dessen Laute vor einigen Tagen zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist!

Dieses Urtheil zeigt, wie vollständig der Richterstand durch politische Prozesse korumpirt wird. Eine Schuldfrage, eine Rechtsfrage existirt nicht von dem Moment an, wo der Angeklagte sich als Gegner des Staats und der Gesellschaft, als deren Vertreter der Richter auf seinem Richterstuhl sitzt, bekannt hat — die Schuld besteht darin, daß er politischer Gegner ist; ihn zu verurtheilen ist nicht bloß ein Recht, sondern sogar Pflicht, und die juristische Aufgabe des Richters ist einzig: der Verurtheilung die richtige Form zu geben, sie in den Mantel des Gesetzes zu hüllen. Und hinterläßt das. Das Strafgesetzbuch ist ja ein famoseres Prothesenstück — es kann immer so verlängert oder verkürzt werden, daß der „Patient“ hineinpaßt, und wird er dabei auch verstimmt oder zu Tode gebracht.

Welche Schmachvolle Farce ist doch die Justiz in einer Gesellschaft und einem Staate, die auf der Verneinung alles Rechts und aller Gerechtigkeit beruhen! Und „Justiz“ heißt doch auf deutsch: „Gerechtigkeit“. Der Kontrast zwischen Wort und Sache bringt die insame Heuchelei, die heutzutage im „sozialen und politischen Reich“ sich auf dem Thron breitet, zu drastischer Anschaulichkeit. Die Justiz, dem Namen nach Gerechtigkeit, ist in Wirklichkeit die Umkehrung der Gerechtigkeit, ein **Hohn** auf Recht und Gerechtigkeit.

Apfisch, Künzel und Lausche sitzen noch immer! —

Am Sonntag hat sich der berühmte **Reichsverein** für Sachen glücklich aufgelöst — das einzige vernünftige, was er je gethan. Im Attentatsdelirium des Schandjahres 1878 von unserer nationalliberalen Clique gegründet, um eine Vereinigung aller Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden, ist er in den Bankrott dieser Clique hingerathen worden, und hat das Zeitliche gesegnet. Um den Tod zu verbergen, haben die „Macher“ — Stephan und ein halb Duzend ähnlicher Ritter von der traurigen Gestalt — ein „nationalliberales“ Kränzchen errichtet, in welches der „Reichsverein“ „aufgehen“ soll. Nun — tödter als todt kann man nicht sein, und ob das Ding nun „Reichsverein“ heißt oder „nationalliberales“ Kränzchen (den offiziellen Titel habe ich vergessen) ist ganz Wurst. Todt ist todt. Der nationalliberalismus mit Allem, was drum und dran, hängt läßt sich durch kein biblisches und ambiblisches Wunder mehr ins Leben zurückrufen, am wenigsten durch ein Wunder des Herrn Bennigsen, der scheinbar kein Verrenkmeister ist. Der Nationalliberalismus ist keine Partei mehr, er ist bloß noch ein Cadaver, und ein Cadaver, der nicht gut riecht. Freilich, die Leidname von Feinden riechen immer gut, meinte jener französische König.

Von unserem „nationalliberalen“ King gelegentlich vielleicht mehr — zur Abwechslung, die doch dem Sprichwort zufolge „sein muß“. Es gibt da manches Späßige und Erbauliche. Für heute nur, daß eine der

journalistischen Säulen des Leipziger Nationalliberalismus in einem hiesigen Blatt — leider ohne Namensnennung — der gemeinsten Schwindelereien und Revolverpraktiken geziehen wird. Da der Herr sich wohl hütet, seinen Namen zu nennen, so sei erwähnt, daß der Erzballast Leonhard gemeint ist, ein Lumpazius, dem Liebfuchts schon vor zehn Jahren gerichtlich nachgewiesen, daß er ein Gauner niederster Sorte und aus dem Poßdienst wegen gemeiner Verirrungen entlassen ist. Das hinderte natürlich unsere biederen Nationalliberalen im Allgemeinen und die brave Redaktion des „Leipziger Tageblattes“ im Besonderen nicht, diesen — Leonhard als Parteiführer und selbstverständlich als „Reichsvereinsführer“ beizubehalten. Wie der Herr so der Knecht und wie der Knecht so der Herr!

— **Wie lange noch?** Den Zeitpunkt, wo die hohen und allerschönsten Herrschaften zur Erholung von den „Anstrengungen“ (Bällen, Soireen etc.) des Winters in die Wälder eilen, hat Herr Mahai für den geeignetsten gehalten, wiederum eine Anzahl ehrsüchtiger Arbeiter, meist Familienväter aus Arbeit und Erstickung heraus auf die Landstraße zu werfen. Eine ganze Serie von Ausweisungen ist wiederum „verfügt“ worden. Der Pascha von Berlin läßt das Bedürfnis, zu demonstrieren, daß er sich um die öffentliche Meinung, welche das Sozialistengesetz und insbesondere den Ausweisungspatagraphen längst verurtheilt hat, den Tausch scheert, sein Wille, seine Lunte ist ihm Gesetz. Wie lange noch?

Einer der Ausgewiesenen, der Maurer Gustav Laute, soll ver schwanden sein. Welche seinen Wärdern, wenn er den Tod gesucht! Genosse Seudig, Maschinenbauer, wurde, weil er bei den Berliner Arbeitern sehr beliebt ist, 24 Stunden vor Ablauf der Ausweisungsfrist per Schuß aus Berlin heraustransportirt. Bei der Abreise der übrigen Verurtheilten suchte die Polizei durch allerhand niederträchtige Schikanen eine Demonstration der sie zur Bahn begleitenden Genossen — es hatten sich gegen tausend Arbeiter, jeder mit einer rothen Nelke im Knopfloch eingefunden — zu verhindern. Durch Lösung eines Villetts nach der ersten Station (Lichterfelde) mußte aber ein großer Theil derselben das Polizeimander zu nichte zu machen. Energetische Ansprachen wurden gehalten, die empörten Proletarier sprachen es offen aus, daß dieser Schandwirthschaft nur auf gewaltsamem Wege ein Ende gemacht werden könne, und wenn Herr Mahai sich etwa einbildet, durch seine Ausweisungen und Verhaftungen die Berliner Arbeiter eingeschüchert zu haben, dann hat ihm das überaus müthige Verhalten der wackeren Demonstranten gezeigt, daß er sich mit dieser Ansicht gewaltig auf dem Holzwege befindet.

— **Merkt's Euch, Arbeiter!** In Bismarck's Leibblatt, der „Norddeutschen Allgemeinen“, finden wir in der Nummer vom 10. Juli an hervorragender Stelle folgenden Erguß aus der schuppelnerischen „Volks-wirtschaftlichen Korrespondenz“ abgedruckt:

„Welches sind denn die sozialpolitischen Abenteuer, gegen welche die Fabrikindustrie Front zu machen und sogar den Preis des Schutzsystems an die Freizahlpartei zu zahlen haben soll? Auf dem Gebiete der Sozialreform stehen bis jetzt doch nur die Gefegenswürde über eine Arbeiterrentenversicherung und über die obligatorische Einrichtung von Arbeiterkrankenanstalten zur Verhandlung, Gefegenswürde, deren Beispiel letzterer Zeit unter dem Druck der öffentlichen Meinung aus dem Liberalismus akzentirt wurde, und bei denen es sich im Wesentlichen doch um nichts Anderes handelt als um eine von Rechts- und Klugheitswegen gebotene Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Letzteres Bestreben als „sozialpolitische Abenteuer“ zu bezeichnen, ist nur erklärlich bei einer politischen Partei, welche sich in eine Regierungsopposition um jeden Preis verhasst hat. Die Industriellen jedoch, wenigstens die Mehrzahl derselben, dürften den in Rede stehenden Gefegenswürden denn doch ein anderes, besseres Verständnis entgegenbringen. Sie dürften dieselben weniger als politische Parteifrage, als vielmehr aus dem Standpunkt ihres eigenen Wohlergehens und des Wohlergehens ihrer Arbeiter beurtheilen, dann aber auch zum Schluß kommen, daß es gerathen thürigt wäre, das Entgegenkommen und den starken Arm der Regierung zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, welche am Ende doch auch ihrem künftigen Fabrikbetriebe zu Gute kommen würde, von sich zu weisen und dadurch gleichzeitig die Arbeiterbevölkerung sich noch mehr zum Feinde zu machen. Denn mag die Sozialdemokratie sich heute auch noch so sehr als Gegner der Unfallversicherung und obligatorischer Krankenanstalten aufspielen, dieses ist gewiß, daß die Ablehnung der Vorlagen im Reichstage von eben dieser Sozialdemokratie als ein Beweis mehr für die Behauptung gebraucht werden würde, daß die Arbeiterbevölkerung vom Kapitalismus auch nicht das Mindeste zur Verbesserung ihres Loses zu erwarten habe und nichts helfen könne, als die Vernichtung desselben.“

Um diese Standpunkte ihrem vollen Werthe nach würdigen zu können, ist es nöthig, hinzuzufügen, daß sie sich indirekt gegen „das Direktorium des Centralverbandes der Industriellen“ richtet, welches sich von der „Volks-wirtschaftlichen Korrespondenz“ der Staatssozialisterei wegen losgesagt hat.

Die Herren Schutzblätter haben nämlich ihr Schicksal ins Trockene gebracht und wollen, großprosig wie diese Schornsteinbarone nun einmal sind, von dem Feigenblatt, mit welchem die famose Zollreform vor dem Volke ausgeplottet werden sollte, nichts wissen. So unglücklich dieses Feigenblatt, die Bismarck'sche „Sozialreform“, an sich auch ist, so postt dieselbe den Herren schon deshalb nicht in den Kram, weil sie ihr heiliges, angeborenes Ausbenterrecht in Zweifel stellt. Und nun kommt die „Volks-wirtschaftliche Korrespondenz“ und hinter ihr her die „Norddeutsche Allgemeine“ gewadelt und beweist ihnen nun hundertfaches Male, daß ja die ganze Sozialreform eine so unbedeutende, so wenig am Stand der Dinge ändernde Maßregel sei, so lediglich „von Klugheitswegen“ diktiert, als es nur je eine gab. Natürlich fehlt bei diesem dieser Nachweise die Phrase von der Fürsorge für das Wohl der Arbeiter, die Herren Industriellen wissen ja sehr gut, wem mit dieser Phrase Sand in die Augen gestreut werden soll.

„Klugheitsrückichten“ sind die wahren Motive für die Bismarck'schen Reformen, nicht die vielgerühmte „Fürsorge für den armen Mann“. Diese „Fürsorge“ ist in Wahrheit nichts anderes als die Furcht vor dem armen Mann, die Furcht vor der Sozialdemokratie.

Wenn also aus der Berathung der Bismarck'schen Projekte wirklich etwas einigermaßen Remmendwerthes für die Arbeiter herauskommen sollte, so ist dies einzig und allein die Folge der festen, entschlossenen Haltung der Sozialdemokratie.

— **Siechthutter für Menschen!** „Als zu Anfang des Leipziger Belagerungszustandes“, schreibt uns ein dortiger Genosse, „die Ersten auf der Liste ausgewiesen wurden, verlangten die Ausgewiesenen vom Stadtrath zu Leipzig, daß er wenigstens für ihre Familien forge, worauf der Stadtrath Wolf antwortete, sie sollten nur ruhig gehen, hier sei noch Niemand verhungert! Daß es aber nicht weit vom Verhungern ist, das beweist folgende Thatfache: In dem 30 Minuten von Leipzig entfernten Dörfchen Schleußig wohnt der früher im städtischen Krankenhaus beschäftigt gewesene Diebstehel Komme. Derselbe kauft die Speisereste aus dem Krankenhaus und der Kaserne in Schloß Pleißenburg und pflegte dieselben bisher als Schweinefutter zu verwenden. Doch in neuerer Zeit scheint der Mann dahinter gekommen zu sein, daß dieses Schweinefutter auch noch für arme Menschen genießbar sei, und verkauft er dasselbe nun in Portionen an die armen Leute in Schleußig und Umgebung, welche noch froh sind, wenn sie es bekommen, und mißgestimmt nach Hause gehen, wenn es nichts gibt.“

Da soll man noch sagen, daß hier Niemand verhungere, wenn der Mensch seinen Hunger mit Schweinefutter aus einem schmutzigen Fasse stillt! Der Verkäufer sagt freilich, er gebe nur das Kasernefutter für die Menschen aus, das an dem Krankenhaus bekämen die Schweine;

aber wer kann dies kontrolliren? Und wie leicht können durch solche Handver nicht Krankheiten unter die Menschen gebracht werden!

Daß Menschen in der heutigen Gesellschaft Schweine- und Hundefutter bekommen, ist noch ein großes Glück, für welches sie den trefflichen Weltordnung dankbar zu sein haben. Wie viele gibt es, die froh wären, wenn sie solch Futter hätten! Betrachte Jemand einmal heutzutage die Viehhäute und wohne der Fütterung bei. Dann besuche er die Wohnungen des Proletariats während der Essenszeit und stelle Vergleiche an. Er wird sofort finden, daß das Viech durchschnittlich ungleich bessere Wohnung und Nahrung hat, als die arbeitenden Klassen. Und zwar sprechen wir da nicht von Ausnahmen, sondern von der Regel, vom Durchschnitt. Der Klassen-, Militär- und Polizeistaat bringt das mit sich.“

Und da gibt es noch gewissenlose Subjekte, welche diesen herrlichen Staat sobald als möglich umstürzen wollen!

— **Eine heilsame Lektion.** Während die Selbstmorde im Militär, diese leider summen und doch so beredeten Auflagen gegen den preussisch-deutschen Militärdienst, sich in unerhörter Weise häufen, wird uns aus der urpreussischen Festung Erfurt ein Faktum gemeldet, welches jeden Gegner der menschenverachtlichen Militärdressur mit Freude erfüllen muß: Thatkräftiger Widerstand der „Gemeinen“ gegen einen beruchmähigen Leutnants, Aufsehung des unterdrückten Selbstbewußtseins gegen die herrliche Subordination — allen Kriegsparteien und Heerparagrafen zum Trost.

Laßen wir nunmehr unserem Berichterstatter das Wort:

Am 30. Juni hatten die Landwehrlente hier Feldübungsübungen mit vollständigem Gepäc. Zurückgekehrt nach der hiesigen Martinskaserne und vom Regimentskommandeur zum Abtreten kommandirt, wollten sie, er müde vom Dienst, ihrer Wege gehen, als ihnen der Leutnant von Hahn, ein richtiger dummer Junge, der kaum die Schulbank abgesehen hat, mit böhmischen Lachen Halt gebot und sie noch 32 Minuten „Griffe machen“ ließ. Infolge der übermäßigen Anstrengung brachen 3 Mann eintrüßet zusammen, von denen einer, ein Vater von mehreren Kindern inzwischen verstorben ist. Als nun mehrere Landwehrlente ihren ohnmächtigen Kameraden zu Hilfe sprangen, da verfuhrte der rothe Bursche ihnen unter den unverschämtesten und gemeinsten Schimpfreden die Waffen abzunehmen, weil sie es gewagt hätten, ohne seinen Befehl aus der Front zu treten. Frey endlich riß den Leuten die Geduld, und wie ein Mann drang die ganze Mannschaft mit Kolbenstößen auf ihren Feind ein, welcher unter dem Gejohle und Hurrarufen der Landwehrlente schmerzhaft das Hasenpanier ergriff. Vor der Kaserne wurde der Bursche von Zivilpersonen nach Gebühr empfangen. Maurer warfen von nahegelegenen Bauten mit Steinen nach ihm, und wenn der rothe Patron auch leider noch viel zu gut davon gekommen ist, so hat er doch eine Lektion empfangen, an die er noch einige Zeit zu denken haben wird.

Unsere Brüder im Soldatenfittel haben aber gezeigt, daß auch unter der eisernen Disziplin des Ordrepariren ein Grenze hat!

Das wollen wir meinen! Die Herren mögen nur immer auf die Macht ihrer Bajonette rechnen, sie werden eines Tages mit Schreden erfahren, wie sehr sie sich verrechnet haben. Je „strammer“ die Disziplin, um so energischer werden sich die Mannschaften, wenn jene einmal einen Riß bekommt, gegen ihre Feinde wenden und ihnen in ein-dringlichster Weise den Beweis dafür liefern, daß man die Bajonette zu Allem gebrauchen kann, bloß nicht dazu, sich darauf zu legen.

— **Belohnte Tugend.** Das biederer Reichsgericht hat sich nachgerade durch seine Erkenntnisse in politischen Prozessen so seiner ehrenwerthen Mission gewachsen, sich so unübertrefflich im Verdonnern aller mißliebigen Elemente gezeigt, daß die deutsche Reichsregierung, d. h. Bismarck, sich mit der Domizillierung desselben in Leipzig vollständig ausgekühlt hat und nunmehr mit Eifer daran geht, ihm in der Pleißestadt einen würdigen Palast zu bauen. Nun sage uns aber Niemand, daß die Tugend nicht schon auf Erden ihren Lohn findet.

— **In Sachen des Parteikongresses** gehen uns von verschiedenen Orten Zuschriften zu, die wir der Kürze halber hier summarisch wiedergeben:

„Die Stuttgarter, sowie überhaupt die zur württembergischen Organisation gehörigen Orte, sind in überwiegender Mehrheit der Ansicht, daß ein Partei-Kongreß in diesem Jahre nothwendig wäre.“

Derselben Ansicht sind die Genossen in Karlsruhe, „indem, hervorgerufen durch verschiedene Vorkommnisse in unserer Partei, eine Masse Stoff zu sichten ist.“

Die Mainzer Genossen „erachten die Abhaltung eines Kongresses und zwar noch im Laufe des Jahres für unumgänglich nothwendig, um die in der Partei schwelgenden Differenzen zu beseitigen, insbesondere aber die bezüglich der einzuhaltenden Partei-Taktik noch bestehenden verschiedenen Ansichten durch Kongreßbeschlüsse zur Einigung zu bringen.“

Die Genossen in Genz sind gleichfalls für die Abhaltung des Kongresses in diesem Jahre, und zwar behufs

1. Erledigung der Taktikfrage.

2. Eventueller Abänderung des Parteiprogramms.

(Die Genossen werfen die Frage auf, ob nicht „die Forderungen an die heutige Gesellschaft ganz zu streichen seien, da sich um seit dem Sozialistengesetz die Ueberzeugung aufgedrängt hat, daß die herrschende Gesellschaft auch nicht die geringste unserer Forderungen realisiren wird.“)

3. Regelung bestimmter Fragen der Agitation (S. Hamburger Antrag in Nr. 30 des „Sozialdem.“)

Für den Fall, daß der Kongreß nicht stattfindet, wünschen die Genossenschaftler Darlegung der Gründe im Parteiorgan.

Die Londoner Genossen senden uns folgende einstimmig angenommene Resolution:

In Erwägung, daß auf dem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten im Jahre 1880 in Wyden, beschlossen wurde, daß jedes Jahr ein Kongreß stattfinden solle, jedes dritte Jahr ein solcher aber stattfinden müsse.

In fernerer Erwägung, daß bereits zwei Jahre verfloßen sind, ohne daß ein Kongreß stattgefunden hat, beschließt die heutige Versammlung des Komm. Arbeiterbildungsvereins London, 49 Tottenham Street: den Sekretär aufzufordern, geeigneten Orts das Verlangen zu stellen,

daß noch in diesem Jahre ein Kongreß einberufen werde, welcher über planmäßige Agitation und Organisation, schriftlich wie mündlich, beschließt, ferner die Haltung des Parteiorgans sanktionirt, die Regelung eines Partei-Archivs in die Hand nimmt und das Verhalten einiger unserer Abgeordneten zur Sprache bringt.

In dieser Resolution ist bereits der Frage des Parteiarchivs gedacht. Auch hierzu liegen noch mehrere Zuschriften vor. Zunächst erklären sich die Genossenschaftler mit unsern bezüglich den Ausführungen in Nr. 8 des „Sozialdem.“ einverstanden und versprechen „die Sache nach besten Kräften fördern zu helfen.“

Seitens der württembergischen Genossen wird die Schaffung eines Parteiarchivs allerseits als wünschenswerth anerkannt. Die Genossen in Rowan's hoffen, daß das Archiv bald zu Stande kommen wird. Sie beschließen ferner die baldigste Herausgabe zeitgemäßer Broschüren, Agitationschriften und Flugblätter in packender allgemein verständlicher Darstellung, können aber eine Umarbeitung oder Beseitigung der Vassalle'schen Schriften nicht beschließen. Ferner halten auch sie die Abhaltung eines Parteikongresses für nothwendig.

— **England.** Die Verurtheilung des Schriftstellers Schweim zu achtzehn Monaten Gefängnis, weil er angeblich einen

Artikel der „Freiheit“ gesetzt hatte, in welchem die Ermordung von Lavenbich und Bourke gebilligt war, wird den meisten Lesern des „Sozialdemokrat“ schon durch die Tagespresse bekannt sein; wir halten es aber für unsere Pflicht, diesen Schandakt englischer „Rechts“pflege hier ausdrücklich zu registrieren.

Der Prozeß Schwelm gereicht zwar auch noch andern Leuten als der englischen Regierung zur Schande — darüber indes ein anderes Mal. In ihrem letzten Flugblatt verkündet die Sozialrevolutionäre Londoner Richtung, daß nun die Zeit der Worte für sie vorüber sei und die „Zeit der Thaten“ beginnen werde. Man hätte nun billigerweise auch endlich einmal die angeklagten Thaten erwarten dürfen, indes

Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe,
Die der Mensch, der vergänglichste, hat!

Die Thaten sind, abgesehen von der schrecklichen Abreise einiger „Männer der That“, ausgeblieben und die Worte einstweilen wieder in ihre Rechte getreten. Mit dem neuen Quartal ist auch die „Freiheit“ wiederum erschienen. Ihre erste Nummer enthält sowohl die bisher beliebtesten Revolutionsbramarbasireien als auch die noch beliebtesten Verdächtigungen des „Sozialdemokrat“, sowie der Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie. Wir sind also in der Lage, befähigen zu können, daß weder in der „prinzipiellen“ noch in der „formellen“ Haltung des Blattes eine Aenderung eingetreten ist.

Korrespondenzen.

— **Vemgo in Lippe.** Den verschiedenen Zusimmungen zur Schreibweise des „Sozialdemokrat“ können wir uns nur anschließen. Diefelbe ist durchaus den Umständen angemessen und die passendste Antwort auf die Provokationen unserer Gegner.

Bei einem am 4. Juni hier abgehaltenen Kriegerfeste rief der Bürgermeister König von hier in seiner Ansprache aus: „daß die inneren Feinde zertrümmert werden müßten.“ Solche Worte vor Kriegsgewaltigen und von einem „König“ gesprochen, lassen nicht viel zu denken übrig. Es ist die nachste Aufforderung zur Revolution. Wohl ist denn, wenn sich unsere Gegner in die Offensive stellen, wir können abwarten. Zunächst kämpfen wir mit scharfen geistigen Waffen. Könige, so heißt es schon nach der Bibel, wurden gemacht, als das Volk noch nicht reif, das heißt klug war, sondern übermüthig. Unser Bürgermeister ist noch jung, er kann auch noch klug werden. Verschiedene sozialistische Schriften, welche unserm Reichstagskandidaten W. Strohmann beschlagnahmt wurden, werden zur Aufklärung hoffentlich das Ihrige thun.

Unser Wahlkreis war bisher vom Sozialismus noch wenig befehrt. Kurz vor dem Ausnahmegesetz unternahm es unser Genosse W. Strohmann, einige Volksversammlungen abzuhalten. Es wurde ein Wahlverein gegründet, und waren so die einleitenden Schritte geschehen. Die letzte Reichstagswahl brachte uns Gelegenheit, unsere Gegner zu beweisen, daß das Sozialistengesetz nicht dazu da ist, die Sozialdemokratie verschwinden zu machen. Stürme machen bekanntlich die Bäume jäh. In einer der Wahl vorangehenden Besprechungen, bei der aus fünf verschiedenen Orten Genossen anwesend waren, wurde einstimmig unser Genosse W. Strohmann aus Vemgo als Kandidat zum Reichstag aufgestellt, und hievon derselbe in zwei nachfolgenden Volksversammlungen in Vemgo, daß der Sozialdemokratie die Zukunft gehöre. Es hieß aber vor allen Dingen nicht klug sein; die Partei sei im wahren Sinne des Wortes eine Partei des Kampfes. Kampf gegen die Macht des Kapitalismus als letzte Autorität, welche es zu untergraben gelte. Sowie Feins von Nazareth den Hochmuth des pharisäischen Judenthums durch seine Lehre zu brechen, sowie Luther die Anwürfe einer bornierten Ablasskirche beseitigt, sowie die deutschen Fürsten, welche ihr Land vom Kaiser doch nur zum Leben erhalten, selbigen soweit demüthigten, daß sie sich zu souveränen Herren des doch nur verlassenen Landes machten, sowie die deutschen Fürsten die Landesvertrugungen soweit untergruben, bis sie, ohne dieselben zu fragen, Steuern einzusammeln vermochten und nach Gutdünken regierten, sowie die Macht der deutschen Fürsten vor der Macht der Hohenzollern erblichen mußte und die Bourgeoisie vollends dieselbe soweit erschütterte, daß diese Fürsten nun ohne Volksvertretung nicht weiter regieren können, sowie die Macht der Junker und Junkermeister vom Liberalismus untergraben worden ist, so würde auch die Sozialdemokratie die Macht des Kapitalismus untergraben.

Nun gelte es vor allen Dingen, weiter zu kämpfen, und die Reichstagswahlen geben uns dazu die Gelegenheit. Die Versammlung, welche überhüllt war — es waren circa 500 Personen anwesend — folgte dem etwa fünfviertelständigen Vortrag mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit, nur am Schluß, als der Referent dabei anlangte, daß die Umbildung der Massen auf das Konto der Gebildeten zurückzuführen sei, wurde von einigen fortschrittlichen eingebilddeten „Gebildeten“ Störung und Unruhe verursacht. Ueberhaupt ist der hier dominirenden Fortschrittspartei unser Auftreten am meisten an die Sinne gefahren. Bei jeder Kundgebung von unserer Seite erschienen in ihrem Käseblatte Schmähungen über Schmähungen der Sache wie Personen, der beste Beweis, daß sie aber kurz oder lang das Terrain an uns abtreten muß. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unterlassen, den besseren Elementen der Fortschrittspartei zuzurufen: Wechet ehrlich! Treter zu uns als zur nächststehenden Partei, wie Joh. Jakob auch, welcher zu einem Freunde in Königsdorf sprach: Ich habe es immer für ehrenvoller gehalten, von rechts nach links zu gehen, als von links nach rechts. Reines Gerächens ist der Zeitpunkt da, daß die Fortschrittspartei vor die Alternativen gestellt ist: entweder härter oder härterer. Härter zum reaktionären Lager, oder härter zu uns. Sowie die einmals nationalliberale Partei das Zeitalter geendet, so wird die Fortschrittspartei zum Besten ihrer Ständen gezwungen werden, und das Fazit wird sein: Auflösung.

N. D.

— **Greiz, 1. Juli.** Nachruf. Wir halten es für unsere Pflicht, im Parteiorgan zweier treuer Genossen zu gedenken, welche der unerbittlichen Tod aus unserer Mitte gerissen hat.

Der erste ist

Christiaan Wädler,

dessen Leben ein plötzlicher Schlaganfall jäh abschneidet, als er gerade einen Freund besuchte. Wädler war ein unerschrockener Kämpfer für unsere Partei, er war stets einer der Ersten, wenn es galt für die Sache einzutreten. Zunächst vertrat er stets seine Meinung seinem Prinzipal gegenüber, und trotzdem er Sozialdemokrat war, so konnte ihn derselbe doch nicht entbehren, denn Wädler war ein geschickter und fleißiger Arbeiter, wie er auch für seine Familie stets ein richtiger Sozialdemokrat gefordert hat.

Die Greizer Genossen legten Wädler einen Lorbeerkranz mit großer echter Salbe an die Wunde, ferner haben die Rothenthaler, Döhrner und Eiferberger Genossen noch je einen Kranz mit ebenfalls rother Salbe, welche den Pfaffen fürchtbares Kreuzschutzen in den Augen verursachte, gewidmet. Wegen alle Gewandtheit stellte sich der Mann Gottes verkehrt hin, nur damit er das „Recht“ nicht erblicke. Was ich zu meinem Bedauern bemerken mußte, ist die Thatsache, daß der Leichenzug vorwiegend aus Frauen bestand, und mit noch größerer Bewunderung habe ich bemerkt, daß aus der betreffenden Fabrik nicht ein einziger Arbeiter seiner Kollegen die letzte Ehre erwiesen hat, obwohl viele seiner Bekannungsgegenossen dort arbeiten.

Der zweite Genosse, dessen Tod wir beklagen, ist

Rugard Fochler,

ein ebenfalls tüchtiger Genosse, der nach langwierigem Krankentage vom Tod erlöst wurde. Bei der letzten Reichstagswahl wurde er sehr oft vernimmt, denn er war trotz seines hohen Alters unermüdet thätig in Wort und That.

Beide Kämpfer werden den Genossen unvergessen bleiben.

Soweit mir bekannt ist, sind sämmtliche Genossen hier mit der Haltung des Parteiorgans einverstanden, das beweist auch das fortwährende Steigen der Abonnanzenzahl.

Einer von dem Fassbinder-Orden.

— **Mainz, 2. Juni.** Seit unserm letzten Bericht ist schon eine geraume Zeit verstrichen und mochten wir deshalb wieder einmal über die hiesige Situation berichten, umso mehr als dieselbe eine sehr günstige zu nennen ist. Die Partei ist nicht nur die alte geblieben, sondern die Genossen schließen sich immer lechter zu einem kämpfenden Ganzen zusammen. Hatte man früher mit der Landbevölkerung, diesem wichtigen Theil des sozialen Körpers, wenig Verbindung, so wird dieselbe jetzt immer mehr und immer inniger hergeköhnt. Nur noch einen Schritt, und der wacker Pfälzer ist, wenigstens soweit der Wahlkreis Mainz und dessen nächste Umgebung in Frage kommt, wieder so revolutionär, wie in der Sturm- und Drangperiode der Jahre 1848 und 49. Alles arbeitet aber auch fleißig mit, und zwar vom höchsten Regierungsbeamten bis herunter zum Nachtwächter. So hatte unser bigottischer Provinzialdirektor den „genialen“ Gehanten bekommen, die Landrente auf den alten christlichen Standpunkt von Anno dazumal zurückzuführen, indem er ein Polizeigesetz aus der Reaktionsperiode der 30er Jahre wieder aufsuchte, das dem Bauer am Sonntag den Kirchtagausbruch vor Verübung des Nachmittagsgottesdienstes verbietet. Derartige „schlaue Streiche“ können uns natürlich nur ärgern, denn die Leute sehen, wie mächtig der Reaktion bereits der Kamm geschwollen ist. Damit aber die Pfälzer nicht um ihren Frühlingshoffen kommen, wird einfach ein Spaziergang ins nächste Dorf gemacht, und man ist alsdann zum Kerger aller Pfaffen und Mäder vor jeder Straße sicher, da sich das Verbot nur auf die Ortseingewessenen, nicht aber auf Fremde beziehen kann.

In der Stadt Mainz selbst sorgen wieder andere „große“ Geister für neue Kämpfe zum großen Befreiungskriege des Proletariats gegen die jetzigen Zustände und ihre Repräsentanten. So erhalten unter Anderem die Straßenreinigungsarbeiter seit einem Jahre 20 Pf. pro Tag weniger, weil ein aus Sachsen hierhergekommener Beamte den 2 Mk. betragenden Lohn pro Tag für noch zu hoch hielt und eine Reduktion beantragte. Alsbald verkündeten die ergebenden Organe die dadurch erzielten Ersparnisse, die dann selbstverständlich in der richtigen Weidmännermanier wieder verworthen werden.

So bekam unser Stadtbaurmeister, der sich mit dem „klüglichen“ Gehalt von 8000 Mark begnügen mußte — abgesehen von den vielen Nebengehältern, die ihm durch die Leitung von Privatbauten eingingen, welche ihm erlaubt ist — alsbald 2000 Mark Zulage, so daß der Herr das „kleine Sümmchen“ von ungefähr 10000 Mark jährlich zu verzeihen hat, ein Kapital, mit welchem mehrere Tugend Arbeiterfamilien sich durchschlagen müßten. Da aber die Wählererschaft die denarigste so sehr in die Augen springender Miswirthschaft keinen Spatz verfehlt, so ist zu erwarten, daß bei der nächsten Stadtrathswahl Männer dorthin kommen, welche diese Sippigkeit gehörig ins Gedächtnis nehmen werden.

Von der Polizei ist, mit Ausnahme einer auf Grund des Unterstützungswohnungsgesetzes versuchten Ausweisung des Berliner Ausgewiesenen Genossen Berger, dormalen wenig zu berichten. Es scheint, daß man begriffen hat, daß Hausdurchsuchungen und dergleichen Thesen nur unsere Reihen lecher schrecken.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegung sind zwei Schreinerstreiks zu verzeichnen, die in den zwei größten hiesigen Möbelfabriken ausgebrochen sind. In beiden Fällen blieben, Dank ihrer Einigkeit und Ausdauer, die Arbeiter in allen Punkten Sieger.

Die Situation ist im Allgemeinen für uns günstig, und wenn die Genossen fernerhin so brav und opferwillig für ihre Sache eintreten, so wird bei der nächsten Reichstagswahl der Lohn nicht anstehen, und auch Mainz durch einen sozialistischen Abgeordneten im Reichstag vertreten sein.

— **Vforzheim, Ende Juni.** Demnächst steht hier ein großer Sozialistenprozeß in Aussicht. Neun Männer und eine Frau sind der Verbreitung verbottener Schriften angeklagt. Sieben der Angeklagten gehören der Rostfischen Richtung an, die drei anderen, Lehmann, Schachinger und Dittus unserer Partei. Lehmann und Schachinger sitzen gegenwärtig wegen gleichen Verbrechens eine Strafe von fünf, resp. vier Monaten ab. Das Vergehen soll im Jahre 1879 geschehen sein. Der berühmteste Denunziant Reiser (Wohlfahrter) hat nämlich seine eigenen Freunde denunziert, weil sie sich von ihm zurückgezogen haben, wodurch diese Anklage möglich wurde. Wehen Genß!

— **Manheim, 20. Juni.** Unsern Gegnern gereicht der jetzige Stand der Dinge zu großem Vortheil, denn wir hätten täglich Gelegenheit, ihre erbärmliche Freigebigkeit, gepaart mit schmutziger Selbstsucht, ans Licht zu ziehen; so aber ist der Rausch des Organs, das zudem auf die Volksmasse zu wenig direkten Einfluß ausübt — zu beschränkt, und muß somit das Meiste ad acta gelegt werden.

Haben wir in der letzten Zeit wenig von uns hören lassen, so sind wir doch innerlich thätig, denn wir sind uns wohl bewußt, daß es auch gilt, die Läden der Ausgewiesenen wieder zu füllen. In einer öffentlichen Thätigkeit haben wir auch nicht die geringste Gelegenheit, denn mehr noch als die Polizei haben wir hier die jesuitisch-demokratische Sippigkeit in den Pfanden, die uns mit großer Sorgfalt übermacht.

Die Haltung derselben in der bekannten Sozialbausemstellung wurde bereits besprochen, es ist wirklich belustigend zu sehen, welche politische Purzelbäume die Herren schlagen, nur um der Polizei und dem hiesigen Philistherum zu beweisen, wie blutwenig sie mit den Proletariats „ohne Glaschandschuh“ zu schaffen haben, was natürlich uns nur lieb sein kann, denn es würde schlimm um uns bestellt sein, wollten wir an den schätzigen Rücksichten solcher Gesellen etwas erlangen; es kann uns vielmehr nur zur Ehre gereichen, daß der Spalt ein unüberbrückbarer ist. Dieser Gesellschaft ist es zu unangenehm, daß das Volk von unten herauf sich allmählig mehr und mehr insoweit und uns sogar in die Gemeindevorstellung einschleift. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden, und so sehen wir die Freiheitshelden um eine andere Klassenwahlgeometrie betteln, die beweist, daß wir in der zweiten und dritten Steuerklasse von ihrem Philistherum überstimmt werden sollen; trotzdem sie ihr Mittel erreichen, werden wir ihnen zeigen, daß es nicht dem Zwecke entspricht — vorausgesetzt, daß wir es überhaupt für angebracht halten, die Komödie mitzumachen.

Während unsere „Demokraten“ sich so zu Hause als traurige Buschlepper zeigen, spielen sie nach außen die demokratische Fliste. Beinahe wäre ihnen im badischen Kammerkonzert ein fürchtbares Malheur passiert, denn sie operierten vorwärts, wissend, daß es ja doch bloß pour le roi de Prusse gewesen, mit dem gleichen direkten Wahlrecht, die anderen Parteien spielten ihnen nun den Schabernack und nahmen es in erster Leitung an. Darob großer Schreck bei den biederen Volksmännern, die es ja „blos theoretisch“ wollten, und so ging es andern Tags schweisig den Weg allen Fleisches. Die biedere ultramontan-konservativ-demokratische Fraktion wird sich halten, je wieder mit dem Feuer zu spielen.

Genau in dem Sinn unserer Demokratie hält sich auch deren Organ; die ehemaligen, jetzt abgeprüdelten Philisthererhaltare mußten zweideutigen latinalischen und wuchernden Erfindungen Platz machen, weshalb es durchaus nicht zu verwundern ist, daß deren Hauptprose das gemeinste aller Mittel — die Denunziation ist. Keine deutsche Stadt wird wohl armerlicher in Punkte ihrer Presse bestellt sein, als gerade Manheim. Die Zeit des Sozialistengesetzes genügte, aus derselben eine Mord- und Todtschlagschandpresse zu machen, die unsere Polizeipassha's zu ihren besten Mitarbeitern zählt.

Daß die Reaktion nichts unversucht läßt, uns Arbeiter zu ködern, ist leicht erklärlich, die Weltpolizeische Weite, in der es geschieht, zeigt, welcher Geisteslinder die Leute sind. Erst wird ein liberal-konservativ-ultramontan-sozialer Organ geschaffen, es zieht nicht; jetzt schickt wieder ein flebriger Pöhl aus dem Hohen, in Gehalt des christlich-regierungssozialen — a n t i e m i t t i c h e n „R a n d e i m e r V o t e n“, aber wir können mit Freunden konstatieren, daß sich der gesammte Arbeiterstand der bis ins Mark verfaulten Sippigkeit fernhält.

Zu unserm großen Bedauern müssen wir an der Etappe der Auswanderung wahrnehmen, daß dieselbe zu einer förmlichen Völkermigration zu werden droht. Wohl ist es wahr, unsere ökonomischen Verhältnisse gestalten sich täglich ungünstiger, das deutsche Polizeinüppelchen stellt uns immer mehr an, dennoch mühten wir — wenn nicht u n b e d i n g t i g i n d e n e W r i l l u n d e v e r a n l a s s e n — abwarten, den heimischen Boden gerade jetzt zu verlassen. Die durch die letzte Volkszählung konstatirte Bevölkerungszunahme ist in fast allen badischen und pfälzischen Orten ganz enorm.

Veber wurde durch die Wanderlust auch Manheim sehr schwer betroffen; dabei und während der letzten zwei Jahre eine ganze Reihe tüchtiger Genossen verlassen, so mühten wir letzte Woche abermals mehrere unserer besten Mitkämpfer ein Lebenswort zu jenen. Namentlich wird sich das Scheiden der Genossen Kai und Seussbach sehr lästbar geltend machen; indes sie haben hier brav und redlich lange Jahre ge-

kämpft, wir quittieren dankend und empfehlen sie den Genossen jenseits des Ozeans auf's Wärmste.

In die eben geschilderte trübe Stimmung kam wieder neues Leben und Begeisterung durch die kernige Jungferrede des Genossen B o l l m a r i m Reichstage. Bei uns herrschte darüber nur eine Stimme, und zwar daß wir lebhaft in das Bravo zur Rede einstimmten. Wir wünschen von Herzen, daß ohne Schnörkel und Rückhalt unverblümt unsere Gegner geigt wird, was wir denken und wollen, und ist unser Wunsch, daß unsere gesammten Vertreter im Reichstage im nämlichen Sinne und ebenso entschieden unsern Standpunkt vertreten.

Die schon berichtet, schließen wir uns aus vielfachen Gründen dem Vorschlage der Abhaltung eines Parteikongresses an und erwarten, daß er unter allen Umständen noch im Laufe dieses Jahres stattfinden. Dergleichen begrüßen wir den Vorschlag betreffend Errichtung eines Parteiarchivs und werden nicht ermangeln, unser Scherlein auch dazu beizutragen.

Auch der Hamburger Vorschlag bezüglich der zukünftigen Agitationsweise hat bei uns lebhafteste Sympathie gefunden, zudem da wir schon länger diese Frage ventilirten.

H. H.

Sprechsaal.

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Rem-Horl, 168 Avenue B., 28. Mai 1882.

Geehrte Redaktion!

In neuerer Zeit erhalte ich so zahlreiche Briefe von deutschen und schweizerischen Parteigenossen, welche auszuwandern wünschen, daß ich nicht im Stande bin, dieselben einzeln zu beantworten, und Sie deshalb bitten muß, die nachstehende Generalantwort in Ihrem Blatte zu veröffentlichen. Ich kann mich auf spezielle Antworten um so weniger einlassen, als damit eine gewisse Verantwortlichkeit verbunden ist, die ich nicht tragen kann, weil es mir an Zeit und Gelegenheit gebricht, in jedem Falle genaue Erkundigungen über die Lage der verschiedenen Arbeitsbranchen, denen die Fragesteller angehören, einzuholen.

Ganz abgesehen von dem Umstande, daß das Parteinteresse fordert, es solle Jeder bleiben wo er ist, wenn dies irgend möglich erscheint, ist vor Auswanderung nach Amerika immer zu warnen, wenn der Auswanderungslustige noch irgend Aussicht hat, in der Heimath sein Leben zu machen. Hier regiert die kapitalistische Produktionsweise in höherer Entwickelung, und es wird für einen Sozialisten nicht schwer sein, sich die nötigen Folgen dieser Thatsache zu vergegenwärtigen. In zahlreichen Branchen werden gute Löhne gezahlt, dafür sind die Geschäftsführungen häufig, in der Hauptsache aber wird dem Arbeiter nur gewährt, was er zur Roth braucht, oft weniger, und viele unserer Freunde befinden sich hier in sehr schlechten Verhältnissen, manchem ist es gut ergangen, für keinen gibt es eine Sicherheit der Ernten.

Wir haben zur Zeit keinen schlechten Geschäftszugang, aber es fehlt deshalb doch nicht an Angebot von Händen, so daß die Löhne wesentlich herabgezogen müssen, wenn die Arbeiterorganisationen nicht einen großartigen Aufschwung nehmen, wozu es vorläufig nicht den Anschein hat. Ich kenne aus persönlicher Erfahrung nur die New-Yorker Verhältnisse, nach allem, was ich höre, sieht es auch im Westen und Süden nicht glänzender; wenn hier und da die Lebensbedürfnisse billiger sind, so werden auch niedrigere Löhne gezahlt.

Daß es sich empfehlen würde, wenn unsere Freunde Harnarbeit suchten, glaube ich nicht; von sachverständiger Seite wurde mir gesagt, daß das Loos eines solchen Arbeiters, ja selbst des kleinen Farmers, ein sehr hartes sei, das nur von einem richtigen Bauer getragen werden könne.

Nun sind freilich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland so überaus traurige, daß, vorläufig wenigstens, der Auswandernde, welcher dort gar nichts verliert, immerhin zu der Hoffnung berechtigt ist, seine Lage hier wesentlich zu verbessern. Daß viele Einwanderer dauernd arbeitslos geblieben wären, habe ich noch nicht gehört, sie haben aber sehr oft ungeeignete und sehr schlecht bezahlte Arbeit annehmen müssen. Hauptfache ist, daß der Einwandernde, besonders wenn er mit Familie kommt, soviel Geld in Händen hat, daß er wenigstens einige Wochen ohne Verdienst existieren und sich eventuell im Innern des Landes Arbeit verschaffen kann; denn es ist selbstverständlich, daß die Hafenstädte, und insbesondere New-York, die Massen der Einwanderer (durchschnittlich etwa 3000 täglich in New-York) nicht unterbringen können. Auf Unterstüzung haben die ankommenden Parteigenossen hier nicht zu rechnen, da die Partei durchaus nicht genügende Mittel hat, für Alle zu sorgen.

Wenn möglich, sollte jeder Auswanderungslustige, ehe er die Auswanderung fest beschließt, sich genau über den Stand seiner Branche informieren; die Ausfragen müßten aber an spezielle Freunde gerichtet werden, welche Zeit haben, die nötigen Erkundigungen einzuziehen, nicht an mich, der ich ganz außer Stande bin, dergleichen Anfordernungen zu entsprechen.

Mit besten Grüßen!

Julius Sautsch.

Druckfehler-Berichtigung.

Vorsicht ist zwar nach einem bekannten Sprichwort der bessere Theil der Tapferkeit, aber daß Vorsicht auch eine der notwendigsten Eigenschaften des echten Helden sei, das zu erweisen, bleibt dem hämischen Druckertrajal überlassen, der uns in unserm letzten Heftartikel (in einem Theile der Auflage) „Standhaftigkeit, Entschlossenheit, Vorsicht und Kühnheit“ als „die Eigenschaften, welche den Kämpfer zum Helden machen“, bezeichnen läßt. Wir bitten die geneigten Leser, Nachsicht zu üben und an Stelle der Vorsicht allen Helden in ep o l m i c h t a n z u e m p f e h l e n .

Ferner ist es zwar unzweifelhaft richtig, daß die verschiedenen Parteien in den Vereinigten Staaten nicht „daran denken, sich gegen Irland in einen Krieg zu verwickeln“, unser Londoner Freund hat uns aber nicht mit dieser hochinteressanten Mittheilung überrollen wollen, sondern einfach konstatirt, daß sie „nicht daran denken, sich wegen Irland in einen Krieg zu verwickeln“. Dies zu verbessern und den Druckertitel zum Teufel zu werfen, erbitten wir gleichfalls von allen Lesern, die es wohl mit uns meinen.

Briefkasten.

der Expedition. Catilina: Fr. — 40 f. S. H. erh. — Schorf: Lesen Sie das Kopfschild von Nr. 29. Bericht was 30 Gramms, kostet deshalb 50 Cts. Straßporto! C. z. besorgt. — C. Schum. Glimm: Fr. 100. — (Doll. 13,75) à 100. n. S. H., sowie B. v. 3. 7. erh. — H. J. Be.: Fr. 2.10 Ab. 3. Cu. erh. — Rothbart: Fr. 234. — à 100. Ab. 3. Cu. erh. — Stgt.: Rl. 11,85 beim Abf. d. Gen. H. f. l. 5. Ausgeg. gel., d. d. erh. Ebenso Weiteres. — J. H. K. g. l. S. H.: Fr. 5. — pr. Ab. 3. Cu. n. S. H. erh. Rl. — 40 b. U. S. d. d. jugew. — Hull.: Rl. 4,50 (Fr. 5,50) Ab. 3. Cu. n. S. H. erh. Nachig. n. fort. — Bundschuh: B. v. 18. erh. n. am 17. beanto. — G. B. l. g. r. Fr. 2,70 Ab. 3. Cu. n. S. H. 1. Erpl. n. 1. Erpl. 3. Cu. erh. — Buntiger: Rl. 10. — pr. Kapf. d. d. erh. — U. a. D.: Rl. 24,50 Abon. — Fr. Ca. durch Fremdbesand erh. — Wandervogel Danzig: Rl. 15. — pr. U. S. d. d. erh. — Ter. Kothe: Rl. 15. — p. U. S. d. d. erh. — S. H. G.: Rl. 4,40 Ab. 3. Cu. erh. — Sturmwind: Rl. 3,10 Ab. 3. Cu. erh. 27 nachgel. — Fr. R. M.: Fr. 4,25 Abon. 3. Cu. n. Straßporto erh. Notiz d. d. vermert. — J. B. M.: Fr. 3,10 Ab. 3. Cu. erh. S. d. g. Ab. 29. — R. Hoffm. Galtjar: Rl. 3,50 Ab. 1. Erpl. Mai Juni n. 1. Erpl. 3. Cu. erh. Haben keine Addr. dorthin. Wenden Sie sich an unsern Verein in London. Genß erwidert! — Rhr. Frz.: Fr. — 20 f. S. H. erh. — Rother Franz: Fr. 18. — am 17. eingetr. Wenn ihr E. U. B. v. 4. L. d. d. d. Fr. 12,50 bestimmt sind, so bleiben ihr's „r. t.“ nur Fr. 5,50. Lise weiß Fr. 5,75 auf. — Pictelhaube: Die Figura zeigt, hat Rhr. Frz. die Sache soweit geordnet. — Karat: Bv. 11. 3,40 Ab. 3. Cu. erh. Figl. folgen mit 30. Weiteres notirt. — Ditterbach I.: Rl. 3. — Ab. 3. Cu. erh. 100 U. S. letzten R. 3. — 200 R. 5. — baar voraus. — + + + + + — Rl. 27. — an D. ausbz. n. pr. U. S. d. d. belastet. Störung 23 durch Zuschid. verschuldet. Gewünschten abgg. Weiteres notirt. — Blanc: Rl. 10. — à 100. erh., ebenso Rl. 3. — welche H. R. sandte, dazugehört und denkwürdig Gros verweisen. — Zug: Fr. 25,85 erh. n. nach Frz. pr. Ab. 3. Cu. z. verwendet. Weiteres besorgt. — Dtsch. Verein Zürich: Fr. 2,40 f. S. H. erh. — Dtsch. Ver. Baden: Fr. 1,30 f. S. H. n. Retourb. erh.

Gewerliche Verlagsbuchhandlung Göttingen-Görlitz.